

INTERNATIONALES

RAPACKI-PLAN

Die polnische Regierung bemüht sich zur Zeit, den Vatikan in die internationalen Diskussionen um den Rapacki-Plan einzuschalten. Obwohl Warschau keine offiziellen Beziehungen mit der Kurie unterhält, ließ Außenminister Rapacki einen Brief an Papst Pius XII. gelangen, in dem er ihn bat, den Plan zu unterstützen.

TUNESIEN-KONFLIKT

Der sowjetische Botschafter in Paris, Winogradow, ließ in einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Pineau durchblicken, daß die Sowjet-Union an der Aufrechterhaltung des französischen Tunesien-Stützpunktes Biserta interessiert ist. Der tunesische Staatspräsident Burgiba hatte den Abzug der französischen Besatzung von Biserta gefordert und vorgeschlagen, den Stützpunkt der Nato zu überlassen. Winogradow deutete jedoch an, daß Moskau lieber die Franzosen als die Nato-Vormacht Amerika in Biserta sehen würde.

ALGERIEN-KRIEG

Die Kampfkraft der französischen Streitkräfte in Algerien wird in zunehmendem Maße durch den Mangel an kampferprobten Soldaten beeinträchtigt. 10 000 Mann der Luftwaffe mußten zur Armee abkommandiert werden. Aber auch der französischen Luftwaffe in Algerien ist es, weil Bodenpersonal fehlt, nicht mehr möglich, wie bisher monatlich 10 000 Einsätze zu fliegen.

ATOMWAFFEN

Die Regierung der Sowjet-Union hat abgelehnt, die chinesische Wehrmacht mit Atomwaffen auszurüsten. Der Verteidigungsminister Rotchinas, Marschall Peng Teh-huai, hatte seine Bitte um Lieferung sowjetischer Atomwaffen damit begründet, daß auch die amerikanischen Streitkräfte in Südkorea mit Atomwaffen ausgerüstet seien.

ZITAT

„Die Amerikaner haben in Afrika alles für die Franzosen getan. Jetzt bleibt ihnen nur noch eins zu tun: amerikanische Soldaten zu schicken.“ (Der tunesische Staatspräsident Burgiba über den Algerien-Krieg)

ENTSPANNUNG

Unterhalb des Gipfels

Möglicherweise wird Amerikas stellvertretendes Staatsoberhaupt, Vizepräsident Richard M. Nixon, noch in diesem Jahr der Sowjet-Union einen Besuch abstatten. Jedenfalls ist das — trotz amtlicher Dementis — die Auffassung vieler ausländischer Beobachter in Washington. Für ebenso wahrscheinlich hält man, daß zweitrangige Kreml-Größen wie etwa Außenhandels-Chef Anastasij Mikojan im Laufe des Jahres nach Washington kommen werden.

Die Zuversicht, mit der amerikanische Politiker der ost-westlichen Reisetätigkeit dieses Jahres entgegensehen, hat einen scheinbar paradoxen Grund: die Abneigung des offiziellen Washingtons gegen den von den Sowjets mit Eifer und Hartnäckigkeit betriebenen Plan einer Gipfelkonferenz nach Genfer Muster.

Rund 25 000 offizielle Worte sind in den letzten drei Monaten zwischen Washington und Moskau über den Gipfelkonferenz-Plan gewechselt worden. Das Ergebnis war dürrig.

Am 10. Dezember hatte Sowjetrußlands Ministerpräsident Bulganin in einem Brief an Eisenhower das Gipfelereignis vorgeschlagen. Am 8. Januar wiederholte er den Vorschlag und fügte die Drohung hinzu, die Sowjet-Union werde notfalls auch ohne Amerika eine Konferenz zustande bringen.

In beiden Briefen hatte Bulganin empfohlen, man solle über einen ost-westlichen Nichtangriffspakt, das Verbot von Atomwaffenversuchen und über eine

wies Eisenhower in demselben Brief vom 17. Februar einen neuen Weg zur Weltentspannung. Er nahm dabei Bezug auf das Kulturabkommen vom 27. Januar, in dem die USA und die UdSSR den Austausch von Studenten und Spezialisten vereinbart hatten, und meinte: „Wäre es nicht gut, wenn darüber hinaus die geistigen Führer und einflußreiche Bürger aus der Sowjet-Union zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten kämen? Den meisten einflußreichen sowjetischen Bürgern ist unser Land fremd, und ich fürchte, daß sie völlig falsche Vorstellungen davon haben. Die falschen Vorstellungen würde ich im Interesse besserer Beziehungen gern korrigiert sehen. Ich versichere, daß



Vizepräsident Nixon: Einflußreiche Bürger reisen nach Moskau

atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa verhandeln.

Am 12. Januar antwortete Eisenhower. Er erklärte sich grundsätzlich einverstanden und schlug vor, neun Tagungspunkte zu behandeln, darunter auch das Verbot der Produktion von Atomwaffen und die Frage der deutschen Wiedervereinigung.

Der Gegenvorschlag, den Bulganin am 1. Februar machte, war freilich ziemlich absurd: Nur wenn alle Teilnehmer der Gipfelkonferenz eine Frage diskutieren wollten, solle sie auch tatsächlich erörtert werden. Offensichtlich wollte der sowjetische Ministerpräsident sich damit für die Gipfelkonferenz ein Veto gegen die Erörterung von Fragen sichern, die ihm unangenehm sind.

Eisenhower erwiderte hierauf am 17. Februar mit gutmütig temperiertem Spott: „Wenn wirklich auf einer Konferenz der höchsten Ebene die Formel angewandt werden soll, daß niemand etwas anderes sagen darf als das, was die übrigen gerne hören möchten, so würden wir bei der lächerlichen Situation enden, daß wir uns lediglich schweigend über den Tisch hinweg anstarren.“

Die von Eisenhower beschworene Vision einer Versammlung von stummen Staatsmännern hat die Konferenz-Debatte erst einmal zum Schweigen gebracht. Doch

die Gruppen qualifizierter sowjetischer Bürger, die zu dem von mir nahegelegten Zweck nach den Vereinigten Staaten kommen. Gelegenheit haben würden, unser Land und unser Volk und die Arbeitsweise unserer politischen Institutionen kennenzulernen.“

Drei Tage nach dem Datum dieses Briefes erfuhr der Washingtoner Chefkorrespondent der „New York Times“, James Reston, aus „verantwortlicher Quelle“, daß die Eisenhower-Regierung daran denke, „Mitglieder der amtlichen Familie Eisenhowers“ nach Moskau zu schicken und umgekehrt Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union nach Washington einzuladen. Erörtert werde, so berichtete Reston:

- ▷ eine Moskau-Reise des amerikanischen Innenministers Fred A. Seaton;
- ▷ ein Besuchs-Austausch zwischen dem amerikanischen Arbeitsminister James P. Mitchell und dem sowjetischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan;
- ▷ ein Abstecher Nixons nach Moskau, sofern dessen Plan, in diesem Jahr Westeuropa zu bereisen, verwirklicht werden sollte.